

Protokollauszug Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses zusammen mit dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung vom 08.10.2024

Zu Ö 9 Einführung Grundschullehramt an der RWTH zur Kenntnis genommen FB 45/0622/WP18

Herr Brötz erläutert, dass sich die Verwaltung bewusst für einen mündlichen Bericht zu der Thematik entschieden habe, da es eine große Dynamik gebe. Im vergangenen Jahr sei die Verwaltung enttäuscht gewesen, da das Grundschullehramt aufgrund von Raummangel nicht von der RWTH angeboten werden können. Daraufhin habe die Verwaltung mit großer Mühe weiter versucht Lösungen zu finden. Als die RWTH eine passende Liegenschaft gefunden habe, hätten Verhandlungen über die Mietkostenübernahme stattgefunden mit dem Ergebnis, dass die Verwaltung zusammen mit der StädteRegion die Mietkosten übernommen hätten. Daraufhin sei jedoch von der RWTH die Entscheidung getroffen worden, den Studiengang doch nicht anzubieten aufgrund von hohen Personalkosten. Dies sei eine erneute Enttäuschung gewesen. Im Anschluss daran hätten weitere Gespräche, unter anderem auch mit dem Ministerium stattgefunden, sodass letztendlich das Ministerium Landesmittel zur Reduzierung der Finanzierungslücke des Studiengangs in Höhe von ca. 300 Tausend Euro zur Verfügung stellen würde. Dennoch gebe es bislang keine finale Entscheidung der RWTH und die Verwaltung warte derzeit noch auf das Ergebnis. Die Verwaltung sei vorbereitet, falls beispielsweise eine Dringlichkeitsentscheidung notwendig werde.

Herr Auler betont, dass die RWTH eine hervorragende Hochschule sei und für Aachen einen enormen Standortfaktor darstelle. Jedoch würde sich die RWTH aus seiner Sicht weg von der Lehre und mehr hin zur Forschung entwickeln. Daher sei die ursprüngliche Absage der RWTH sehr enttäuschend gewesen. An dieser Stelle wolle er dem Städte-Regionsrat danken, welcher sich öffentlich für das Grundschullehramt positioniert hätte. Aus seiner Sicht hätten sich die Ratsfraktionen der Stadt Aachen ebenfalls klar für das Grundschullehramt ausgesprochen, während der Oberbürgermeisterin hingegen die Stimme versagt sei. Er dankt der Verwaltung für das Engagement bei den intensiven Verhandlungen mit der RWTH. Eine gesunde Schullandschaft hänge auch von gutem Lehrpersonal ab.

Frau Griepentrog widerspricht Herrn Auler dahingehend, dass die öffentliche Erklärung für das Grundschullehramt gemeinsam von Herrn Grüttemeier und Frau Keupen abgelegt worden sei. Der Widerstand und der Druck auf die RWTH sei gemeinschaftlich erfolgt und habe letztendlich ein Zeichen gesetzt.

Frau Schmitt-Promny dankt der Verwaltung ebenfalls. Sie dementiert die Aussage von Herrn Auler ebenfalls. Sie hebt hervor, dass die Widerstände der RWTH nur durch eine gemeinsame Herangehensweise haben aufgelöst werden können und sie erwarte mit Spannung die finale Entscheidung der RWTH. Als Exzellenzhochschule sei der Nachwuchs enorm wichtig und dieser könne nur durch eine gute Bildungslandschaft herangezogen werden. Dies müsse die RWTH nun endlich begreifen.

Herr Fischer betont ebenfalls die beschämende Rolle und Kurzsichtigkeit der RWTH bei dieser Thematik. Der sogenannte Klebeffekt sei in Aachen sehr groß und würde der RWTH zukünftig auch zugutekommen.

Herr Becker erläutert, dass jedes Jahr der Verschiebung rund 80 Lehrkräfte weniger, die in Aachen ausgebildet werden könnten, bedeuten würden. Er hoffe daher sehr, dass das Ministerium die Mittel zügig zur Verfügung stellen könne, denn die Landesregierung habe den Bedarf eines solchen Studiengangs bislang auch nicht erkannt. Nur durch die gemeinsamen Anstrengungen habe die RWTH zum Einlenken bewegt werden können, dies sei ein Erfolg. Im Hinblick auf die drohende Pensionierung von einer Vielzahl von Lehrkräften in den kommenden Jahren, bestehe

ein hoher Handlungsdruck.

Herr Winkler berichtet, dass die Thematik auch auf der letzten Sitzung des Landeselternbeirates besprochen worden sei. Auch die Eltern würden die hohe Notwendigkeit und den Handlungsdruck sehen und unterstützen.

Herr Schneider spricht von einer Bildungskatastrophe in NRW. Die Wahlversprechen der Vergangenheit seien viel zu lange nicht eingelöst worden und daher sei es nun zu der prekären Situation gekommen. Daher sei er sehr froh, dass sich in Aachen alle Fraktionen einig seien und gemeinsam für Einführung des Studiengangs stehen würden. Darüber hinaus empfindet er es als beschämend, dass die Einführung an einer Summe von circa 400 Tausend Euro scheitern würde.